

## Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Existenzrecht Israels ist deutsche Verpflichtung

Der Bundestag wolle beschließen:

Erneute Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der sowohl das Existenzrecht Israels bestreitet als auch den Holocaust leugnet, sind völlig inakzeptabel. Der Deutsche Bundestag verurteilt diese Äußerungen. Sie offenbaren eine Haltung, die mit den Normen der internationalen Gemeinschaft und den historischen Erfahrungen des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts unvereinbar sind.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht erneut das Existenzrecht Israels. Israel muss in international anerkannten Grenzen frei von Angst, Terror und Gewalt leben können.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung den Äußerungen des iranischen Präsidenten entgegengetreten ist, und fordert sie auf, auch in Zukunft jeder Politik entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels bestreitet und den Holocaust leugnet.

Berlin, den 13. Dezember 2005

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**  
**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**  
**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

